



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/148

6. Dezember 1948

## Berlin für die Ostzone

Zu dem Ergebnis der Berliner Wahl nimmt der 1. Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, wie folgt Stellung:

Der Erfolg des Berliner Freiheitskampfes kommt nicht unvermutet. Die Situation in der Ostzone hat sich in Berlin konzentriert und aus der einzigen Ausdrucksmöglichkeit sich sehr nachdrücklich offenbart. Die hohe Wahlbeteiligung ist für eine um ihre persönliche, menschliche und nationale Freiheit ringende Bevölkerung kein Wunder. Es ist in dieser Situation auch nicht überraschend, daß die Sozialdemokratie den Löwenanteil beim Erfolg dieses Kampfes erhielt. Solange es eine Auseinandersetzung zwischen Totalitarismus und den Diktaturgeißelten zur Entwürdigung und Unterdrückung des Menschen auf der einen Seite und seine Befreiung in menschlicher, politischer, sozialer und kultureller Hinsicht auf der anderen Seite gibt, ist die Situation für die Sozialdemokraten niemals schlecht. Die Berliner Bevölkerung hat dabei durchaus erkannt, wer in Berlin selbst und auch vom Westen her die nationale Geltung und die menschliche Selbstachtung am stärksten repräsentiert. Der Erfolg des Sonntags ist für uns eine beinahe selbstverständliche Konsequenz aus unserem Kampf.

Die Berliner haben vom ersten Tage an, an dem sich in ihren Mauern die Abwehr gegen den Bolschewismus regte und in der Gründung einer selbständigen und nicht unterwerfungsbereiten Sozialdemokratie ihren Ausdruck fand, den Sozialdemokraten ihre Sympathien gegeben. Die erste Kundgebung war der 20. Oktober 1946, und diese Woge hat sich verstärkt. Allen Schwierigkeiten zum Trotz kann man sagen, daß sie vermutlich noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat. Die Berliner haben sich am 5. Dezember den aufrichtigen Dank nicht nur der Gleichgesinnten in Deutschland und in der Welt verdient, sie haben auch einen Anspruch darauf, in Deutschland als Repräsentanten der deutschen Ostzone gewürdigt zu werden und das Stückchen ungeschriebene Verfassung, das den Ausgang des Wahlkampfes darstellt, müßte seine Konsequenzen auch für Westdeutschland haben. Am Aufbau einer westdeutschen ökonomischen und politischen Organisation unseres Volkes, die der große Magnet sein soll, aus dem heraus nachher die Einigung der Deutschen entstehen kann - ich meine auch die stätliche Einigung, die Eingliederung als Einheit in eine internationale Organisation - haben sich diese Kräfte in dem besonderen Erfolg der Berliner Sozialdemokratie sehr nachdrücklich manifestiert. Man wird gut daran tun, sie in Deutschland bei der Neuorganisation der Verhältnisse in Westdeutschland zu berücksichtigen und nicht über sie hinwegzusehen.

- - - -

- 2 -

## Das freie Berlin hat gesprochen

-----  
 Von Willy Brandt

Das Ergebnis der Berliner Freiheitswahlen vom 5. Dezember hat in zweierlei Hinsicht die kühnsten Erwartungen übertroffen. Eine Wahlbeteiligung von 80 Prozent wäre gut zu nennen gewesen. Nun gingen aber im Durchschnitt der drei westlichen Sektoren mehr als 86% an die Urne. Zum anderen haben sich die Sozialdemokraten nicht nur behauptet, sondern ihre Stellung als eindeutig führende Kraft im Ringen um Freiheit und Unabhängigkeit wesentlich gefestigt.

Wenn man die Ergebnisse der Wahlen vom 20. Oktober 1946 zu Grunde legt und den damaligen kommunistischen Stimmenanteil abzieht, könnte eine mehr als 72%ige Wahlbeteiligung als Erfolg gebucht werden. Da man acht bis zehn Prozent auch bei ausgesprochenen Rekordwahlen den Nichtwählern zusprechen muss, ergibt sich, dass die kommunistische SED auf weniger als fünf Prozent der Wahlberechtigten zusammengeschnitten ist. Berlin hat zur neuen Diktatur ein für allemal Nein gesagt und die Mehrheit jener, die 1946 noch kommunistisch wählten, hat sich in freier und geheimer Wahl für die SPD entschieden. Besondere Beachtung verdient auch, dass sich nach dem drastischen Anschauungsunterricht die 980.000 stimmberechtigten Frauen ebenso klar entschieden haben wie die 600.000 Männer.

Die Berliner sind sich der grossen Verantwortung bewusst gewesen, die sich aus den von ihnen mehr als in irgendeinem anderen Teil Deutschlands gesammelten Erfahrungen ergab. In der klaren politischen Luft der deutschen Hauptstadt ist eine eindeutige politische Entscheidung gefällt worden. Auf einen Bundesgenossen haben sich die demokratischen Kräfte in diesem schweren Wahlkampf fest verlassen können, nämlich auf die sowjetische Besatzungsmacht und ihre vor allem vom Berliner Rundfunk betriebene kommunistische Tollhauspropaganda. Die Anfang voriger Woche erfolgte Einsetzung eines östlichen Stadtsovjets war als Drohung gedacht. Sie ist ebenso wie die Drohung mit dem, was sich nach dem prophezeiten Abzug der Westmächte ereignen sollte, von den Berlinern als Herausforderung und Beleidigung aufgefasst und entsprechend quittiert worden.

Natürlich kann man sagen, es habe sich in Berlin um Protestwahlen gehandelt, ja um mehr noch, nämlich um einen Volksentscheid gegen Barbarei, Gemeinheit und Lüge. Diese Feststellung reduziert in keiner Weise die Überzeugungstreue, die die Berliner an den Tag gelegt haben. Sie haben sich durch Kälte und Dunkelheit und alle anderen Begleiterscheinungen der Blockade nicht wirbe machen lassen. Sie haben alle scheinbar verlockenden Angebote abgewiesen und Drohungen die Stirn geboten.

Aber wie ist es im Wettbewerb der drei demokratischen Parteien zu dem überwältigenden Sieg der Sozialdemokratie gekommen? Vor zwei Jahren erhielten sie im Stadtdurchschnitt 48,7 Prozent, in den Westsektoren 51 Prozent der abgegebenen Stimmen. Diesmal hat sich ihr Anteil auf 64 Prozent erhöht und nähert sich damit der Zweidrittelmehrheit. Die CDU ist von 24 auf 20 Prozent abgesackt, während die LDP ihren Anteil von 10 auf 16,5 Prozent erhöhen konnte.

Die Wahlschluppe der CDU ist besonders bemerkenswert. Denn sie war diesmal ebenso wenig wie die LDP mit dem belastet, was vor zwei Jahren manchen ihrer potentiellen Wähler veranlasst haben mag, der

Sozialdemokratie seine Stimme zu geben. Damals stand die Sozialdemokratie allein in kompromissloser Opposition gegen die Gewalt-herrschaft. Jetzt gab es in dieser Abwehr auf den ersten Blick kei-nen Unterschied zwischen den drei Parteien. Es stellte sich aber heraus, dass gewisse Schwankungen in der CDU-Politik sich nachteilig ausgewirkt haben, vor allem aber auch die Neigung, parteiegoistische Interessen über Gesamtinteressen zu stellen. Der Hinweis auf den Westen und der persönliche Einsatz Dr. Adenauers haben sich nicht zum Nutzen, sondern zum Nachteil der Berliner CDU ausgewirkt.

Die von den bürgerlichen Parteien betriebene Propaganda war nicht gerade wählerisch. Argumente des Kulturkampfes mussten ebenso erhalten wie das Märchen von der Zwangswirtschaft, die angeblich das Wirtschaftsprogramm der SPD sei. Es hat alles nichts genützt. Die Sozialdemokratie hat sich nicht vom Entscheidenden abbringen lassen und immer wieder die zentrale Fragestellung hervorgekehrt: Freiheit oder Knechtschaft? Rechtsstaat oder KZ-Staat? Als Führende des Freiheitskampfes hat sie neue Schichten der Bevölkerung in ihren Bann gezogen und auch auf die ehemals kommunistischen Anhänger einen so starken Einfluss ausgeübt, dass alle Versuche, den normalen Ablauf der Wahlhandlung zu stören, im Keime erstickt werden konnten.

Die Berliner Sozialdemokratie ist sich der ihr auferlegten gewaltigen Verantwortung völlig bewusst. Sie denkt nicht daran, ihre Mehrheit so auszunutzen, wie es gewisse andere Parteien zu tun pflegen. Berlin bedarf weiterhin einer engen Zusammenarbeit aller demo-kratischen Kräfte, aber es bedarf ebenso sehr eines klaren festen Kurses. Für ihn wird die SPD sorgen.

Überall in Deutschland und wohl auch in der Umwelt wird man sich darüber im klaren sein, dass die Wahl vom 5. Dezember den Willen von ganz Berlin zum Ausdruck gebracht hat. Zumindest bis zu dem Zeitpunkt, da die Ergänzungswahlen im Ostsektor stattfinden. Es hat sich aber auch noch einmal um ein deutliches Zeugnis dessen gehandelt, wie die Bevölkerung der Ostzone wählen würde, wenn sie dazu Gelegen-heit hätte. Berlin ist der Schild, hinter dem sich ein Aufbau im We-sten vollziehen könnte. Die Sozialdemokratie kann stolz darauf sein, Träger dieses Schildes zu sein. Die Berliner Stadtverordnetenversam-lung ist einem Landtag, der Magistrat einer Landesregierung gleichzu-setzen. Unter Berufung auf das Votum des Volkes wird dieser durch Profes-sor Reuter zu bildende neue Magistrat eine starke Position haben. Keine demokratische Macht in der Welt kann dieses Votum ignorieren oder die Parole übersehen, mit der der Wahlkampf abgeschlossen wor-den ist: brecht die unmenschliche Blockade. Darüber hinaus kann das Wahlergebnis nur einen Sinn haben: Ausgangspunkt der grossen deutschen Einigung zu sein.

## Französische Sozialisten und die Ruhr

---

Von Alfred Frisch, Paris

In der letzten aussenpolitischen Debatte der französischen Nationalversammlung über die Ruhr legte der ehemalige Minister André Philip mit der ihm eigenen rednerischen Begabung den Standpunkt der sozialistischen Partei dar.

André Philip hat zunächst die rücksichtslose Form der angelsächsischen Entscheidung bedauert, d.h. das völlige Übergehen Frankreichs. Er machte besonders dem britischen und amerikanischen Militärgouverneur bittere und nicht immer sehr höfliche Vorwürfe. Es mag in diesem Zusammenhang bemerkt werden, dass General Clay in Frankreich wohl der unpopulärste Amerikaner der Nachkriegszeit ist.

Die französischen Sozialisten verkennen nicht die unumgängliche Wirklichkeit des deutschen Problems. Deutschland muss leben und, um zu bestehen, muss es produzieren. Es ist begreiflich, dass weder Grossbritannien, noch die Vereinigten Staaten auf die Dauer gewillt sind, ein schwächliches, desindustrialisiertes Deutschland auf ihre Kosten zu unterhalten. André Philip ist der Ansicht, dass die aussenpolitische Stellung seines Landes heute günstiger wäre, wenn der Quai d'Orsay nicht immer wieder die Zonenvereinigung hinausgeschoben hätte. "Die französische Politik darf nicht eine systematische Bremskraft sein in einer unvermeidbar gewordenen Entwicklung."

Aus einer - mehr oder weniger unberechtigten - Rücksicht auf die öffentliche Meinung unterstreichen auch Frankreichs Sozialisten den klassischen Sicherheitsstandpunkt. André Philip fordert daher eine dauernde Kontrolle der Kohlen- und Stahlproduktion der Ruhr einschliesslich der Preise und der Verteilung. Er geht allerdings erfreulicherweise einen Schritt weiter, indem er anerkennt, dass der Rahmen der üblichen französischen Sicherheitsregeln durch die Ereignisse endgültig gesprengt wurde und dass die Ruhrfrage innerhalb der westeuropäischen Gemeinschaft eine Lösung finden kann. Der sozialistische Redner denkt zunächst an die Umwandlung der Ruhrindustrie in eine Art internationalen öffentlichen Dienst und fügt gleichzeitig hinzu, dass er mit der Ausdehnung dieser internationalen Kontrollbefugnisse auf alle anderen westeuropäischen Länder voll und ganz einverstanden ist.

André Philip, der zu den ersten Vorkämpfern des europäischen Föderalismus gehört, wünscht, dass sich die französische Aussenpolitik aus ihren negativen Fesseln befreit und sich restlos dem europäischen Gedanken widmet: "Gegenüber Deutschland kann es keine französische Sicherheit in einem ungeeinten Europa geben. Wir müssen um jeden Preis dieses Europa organisieren, ein Europa, dessen Sprachrohr Frankreich werden soll."

Es wäre übrigens irrig anzunehmen, dass die französische Sicherheitspolitik heute noch einen ausschliesslich militärischen Hintergrund hat. Ihre Hauptsorge ist das Schwergewicht der kommenden europäischen Gemeinschaft. Dieser Gedanke wurde dieser Tage von der Zeitung "Aurore-France Libre" in sehr eindeutiger Form definiert: "...die Macht, die über das Industriepotential der Ruhr verfügt, das in Frankreich kein gleichwertiges Gegenstück findet, und nicht einmal in Grossbritannien, wird in Europa ein entscheidendes wirtschaftliches und militärisches Gewicht haben. Ist es erforderlich, dass man durch die Rückgabe dieses Arsenal an die Deutschen Gefahr läuft, sie bald wieder im europäischen Konzert die erste Geige spielen zu sehen." (b/612/2/he)

#### Die Lehrerbildung in der Ostzone

sp. Wenn man von Lehrerbildung allgemein spricht, so meint man die Berufsausbildung der Lehrer für Volksschulen zum Unterschied von denen für Oberschulen. Während letztere seit langem ihre berufliche Ausbildung an den philosophischen Fakultäten der Universitäten erhielten, wurden erstere an besonderen Instituten, Seminaren, pädagogischen Hochschulen, pädagogischen Akademien usw. ausgebildet. In der Ostzone ist darin seit dem Wintersemester 1946 eine grundlegende Änderung eingetreten. Von diesem Zeitpunkt ab werden dort auch die Lehrer für Volksschulen, welche letztere nach dem neuen Schulgesetz Grundschulen heissen und acht Schuljahre umfassen, an den Universitäten ausgebildet. Für diesen Zweck ist an den Universitäten eine neue Fakultät, die Pädagogische Fakultät, begründet worden. Sie umfasst sechs Semester. Die Gesamtausbildung gliedert sich in die allgemeinbildenden und pädagogischen Fächer, das Fachstudium und die Schulpraxis. Zu ersterem gehören neben Pädagogik, Psychologie und Philosophie auch politische und soziale Probleme der Gegenwart. Zum sog. Fachstudium gehören zwei Pflichtfächer. Die Auswahl dieser Fächer bleibt dem Studenten überlassen, jedoch mit der Einschränkung, dass sie entweder zu der Gruppe der geisteswissenschaftlichen Fächer oder zur Gruppe der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer gehören müssen. Welche Wichtigkeit dem Fachstudium beigemessen wird, geht daraus hervor, dass es der Stundenzahl nach etwa die Hälfte der gesamten Studienzzeit beansprucht. Durch die Schulpraxis, der rund ein Viertel der Studienzzeit zugewiesen ist, werden die Studenten in die Technik der eigentlichen Unterrichtsarbeit an städtischen und ländlichen Schulen durch Schulbesuche und eigene Unterrichtsversuche, sowie durch die Methodik des Unterrichts und die Schulkunde eingeführt.

Das Staatsexamen wird nach dem 6. Semester vorverlegt. Ob der Student Doktorgrad für Pädagogik erwerben kann, ist noch nicht entschieden.

Von grundlegender Bedeutung ist noch, dass sämtliche Vorlesungen und Übungen der Pädagogischen Fakultät gebührenfrei sind und dass hohe Stipendien - durchschnittlich 150 Mark im Monat - für etwa die Hälfte sämtlicher Studierenden gezahlt werden.

Die Gesamtkonzeption der neuen Lehrerbildung gründet sich sowohl nach der theoretischen als auch nach der praktischen Seite hin auf die Forderungen, die schon vor 1933 die grossen deutschen Lehrerorganisationen und die fortschrittlichen demokratischen Parteien gestellt haben. Hinsichtlich ihrer praktischen Durchführung jedoch sind gerade die überzeugten Anhänger der Idee der pädagogischen Fakultät nicht frei von schweren Sorgen. Da ist zunächst auf den empfindlichen Mangel an geeigneten Hochschullehrern hinzuweisen. Die Pädagogik ist noch eine junge Wissenschaft, die sich ihre Anerkennung durch ihre älteren Schwestern erst erkämpfen muss. Doch das hat sie schliesslich mit allen neuen Wissenschaften gemeinsam. Ebenso dass sich ein ausreichender Fundus hochqualifizierter Universitätsprofessoren für die pädagogische Fakultät erst allmählich entwickeln kann.

Wirklicher Gegenstand der Sorge sind die durch die russische Besatzung gegebenen Gesamtverhältnisse der Ostzone, die sich wie ein Schatten auf die in der "Formung" äusserst fortschrittliche Neuregelung der Lehrerbildung legen. Bildung kann sich nur in einem Klima geistiger Freiheit entfalten. Dogmatik irgendwelcher Art ist ihr Todfeind. Wer die Verhältnisse in der Ostzone aus eigener Beobachtung kennt, weiss aber, dass die Besatzungsmacht die ganze Zone nach ihrer Ideologie "ausrichten" will. Dass der beste Weg dazu eine entsprechende Ausbildung der Lehrer der heranwachsenden Jugend ist, weiss sie nur zu gut, nur dass sie nicht gerade in die Form der neuen Lehrerbildung den von ihr aus politischen Gründen erstrebten Inhalt giessen sollte. Sie schaltet sich deshalb wie in alles, was Volksbildung in des Wortes umfassender Bedeutung ist, auch hier durch genaueste Kontrolle ein und verhindert dadurch fast völlig das Bemühen der Dozenten und der deutschen Verwaltungsstellen um eine wirklich freie demokratische Grundhaltung der pädagogischen Fakultät.

H.M.

#### Neue Gewerkschaften in Frankreich

A.F. - Seitdem die Kommunisten den grossen Gewerkschaftsverband CGT zum Werkzeug der russischen Machtpolitik erniedrigten, macht die Zersplitterung der französischen Arbeiterklasse dauernd Fortschritte. Nach der vor einem Jahr gegründeten "Force Ouvrière" wurde jetzt eine "Nationale Föderation der Autonomen Gewerkschaften" ins Leben gerufen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der syndikalistisch-revolutionären und der trotzkistisch-anarchistischen Elemente. Es ist ferner mit der baldigen Umwandlung der nicht ganz erfolglosen gaullistischen Betriebsgruppe in ausgesprochene Gewerkschaften zu rechnen. Unter Berücksichtigung der äusserst aktiven und sichtbar an Boden gewinnenden christlichen Gewerkschaften wäre demnach die Arbeiterschaft Frankreichs auf vier mehr oder weniger rivalisierende Gewerkschaftszentralen aufgeteilt. Man sieht an diesem Beispiel, wie verhängnisvoll der Kommunismus für die wahren Interessen der Arbeiterschaft ist. - - - - -

Die polnischen "Spulajelni"

A.W. Der inzwischen abgesetzte Generalsekretär der polnischen Kommunistischen Partei, Gomulka, bezeichnete vor einem Jahr die Bildung von landwirtschaftlichen Genossenschaften als eines der wichtigsten Vorhaben im zur Zeit laufenden Dreijahresplan. Die nach dieser Erklärung entstandene Unruhe unter der Landbevölkerung, die nun natürlich die Einführung der sowjetischen Kolchosen fürchtete, versuchte die Regierung dadurch abzuschwächen, daß sie versprach, den gerade erst erworbenen Landbesitz der Bauern nicht anzutasten. Durch die Bodenreform war in den Jahren 1945-47 der Großgrundbesitz zerschlagen und im allgemeinen unter die landarmen Bauern und Landarbeiter aufgeteilt worden, wodurch sich in den alten Teilen Polens die Größe der bebauten Fläche einer Bauernwirtschaft im Durchschnitt um 40 Prozent auf 7,7 ha erhöhte.

Die polnische Regierung hat ihr Versprechen bisher tatsächlich gehalten. In den von ihr errichteten landwirtschaftlichen Genossenschaften, genannt "Spulajelni", wurden nur das landwirtschaftliche Inventar, die Maschinen und die Zugmittel des Dorfes vergesellschaftlicht, während die Gebäude und der Grund und Boden den Bauern gehören. Der Beitritt zu den Genossenschaften ist formal noch freiwillig. Doch kann der Bauer ohne sie nicht mehr bestehen. Großgrundbesitzer, von denen er sich wie früher Maschinen und Zugmittel leihen könnte, gibt es fast nicht mehr. Und die MTS (Maschinen-Traktoren-Stationen) schließen nur mit den Genossenschaften ihre Arbeitsverträge ab. Außerdem gibt es im ganzen Lande erst etwa 1000 solcher Stationen, was in keiner Weise ausreichend ist. Es fehlt an Traktoren. Die einheimische Industrie kann den Bedarf nicht entfernt decken, und die Einfuhr aus der UdSSR und der Tschechoslowakei ist gering, weil beide Länder sie für ihre eigene Landwirtschaft benötigen. Ein Teil des ehemaligen Großgrundbesitzes ist freilich nicht aufgeteilt, sondern zu Staatsgütern umgewandelt worden. Hierin läßt sich das sowjetische Vorbild der Sowhosen nicht verleugnen. Die Staatsgüter umfassen bereits eine Fläche von rund 2 Mill. ha.

Auch in der Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte ist die polnische Regierung zunächst noch eigene Wege gegangen. Um eine allgemeine Abgabepflicht zu umgehen und dennoch den gewünschten Einfluß auf die Preisentwicklung zu haben, hat sie ein Vertragssystem entwickelt, das die Bauern an die Konsumgenossenschaften bindet. Über die wichtigsten Erzeugnisse muß der Bauer mit der nächsten Verbrauchergenossenschaft einen Lieferkontrakt abschließen, wodurch er dann wiederum die Möglichkeit erhält, alles, was er für den Betrieb seiner Wirtschaft braucht, zu besonders günstigen Preisen einzukaufen. Aus alledem läßt sich erkennen, daß Polen zur Zeit bemüht ist, nicht in den Tito'schen Fehler einer übereilten Kollektivierung zu verfallen.